

Blau stellt Orange in den Schatten

Der neue Präsident der Ukraine wird die Innenpolitik an erste Stelle setzen

Volodymyr Kulyk / Susan Stewart

Viktor Janukowytsch, der Führer der ukrainischen Opposition, errang bei den Präsidentschaftswahlen mit 49 Prozent der Stimmen einen klaren, wenn auch knappen Sieg über die damalige Premierministerin Julia Tymoschenko (45,5 Prozent). Am 25. Februar wurde er als Präsident der Ukraine vereidigt. Als nächsten Schritt muss er eine stabile Mehrheit im Parlament finden und eine Regierung bilden. Sollte ihm dies gelingen, wird er die Chance haben, seine Prioritäten umzusetzen. Seine Politik wird erstens vom Umgang mit der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Ukraine und zweitens von dem Bemühen dominiert sein, die heterogenen Interessen seiner finanziellen Unterstützer zu bedienen. Insofern werden innenpolitische und binnenwirtschaftliche Faktoren seine außenpolitischen Prioritäten und die Beziehungen der Ukraine zu Russland und der EU prägen.

Manche Medienberichte werten die Wahl Janukowytschs als ultimative Niederlage der Orangen Revolution – die sich als breite Protestwelle gegen Wahlfälschungen formiert und ihn Ende 2004 vom Präsidentenamt ferngehalten hatte. Andere wiederum sehen in dieser relativ freien und fairen Wahl einen Sieg für die Revolution. Denn deren Hauptziel sei es gewesen, dem Recht des Volkes Geltung zu verschaffen, seinen politischen Führer zu bestimmen, ohne dabei administrativen Manipulationsmaßnahmen ausgesetzt zu sein. In der Tat ist der Wahlausgang sowohl eine Niederlage als auch ein Sieg.

Mehr Niederlage als Sieg

Die Sieg-Dimension ist offensichtlicher, aber auch begrenzter. Der kompetitive Charakter der Wahl und der Mangel an Missbrauch administrativer Macht in großem Stil hat den Ruf der Ukraine als Demokratie bestätigt, zumindest in einem minimalistischen Verständnis des Wortes. Während beider Wahlrunden hat laut internationalen wie einheimischen Beobachtern keine massive Fälschung stattgefunden. Die Kampagne war auch nahezu frei von undemokratischen Methoden, die für die Wahl 2004 charakteristisch waren, wie zum Beispiel Einschüchterung der Opposition, Monopolisierung der Medien, administrativer Druck auf öffentliche Angestellte. Der reibungslose Übergang vom dritten zum

vierten Präsidenten hat dessen Legitimität gestärkt und zur allgemeinen Akzeptanz demokratischer Regeln beigetragen.

Gleichzeitig ist die beeindruckende Rückkehr einer der Hauptfiguren des vor-maligen Regimes von Leonid Kutschma – gegen das sich die Orange Revolution richtete – keineswegs der einzige Grund, um von einer Niederlage zu sprechen. Die Enttäuschung über die Orange Führung, die aufgrund ständiger Machtkämpfe unfähig war, eine kohärente Politik zu verfolgen, hat Janukowytschs Teilnahme an früheren Wahlfälschungen in den Augen der Öffentlichkeit relativiert. Außerdem zeigten sich Politiker der regierenden Parteien nicht anders als jene der Opposition bereit, Methoden anzuwenden, die rechtsstaatliche Prinzipien untergraben. Dabei stellten sie die Legitimität von Schlüsselinstitutionen des ukrainischen Staates in Frage. Gerichte für unmittelbar politische Zwecke zu instrumentalisieren war insbesondere der Konsolidierung einer demokratischen Ordnung abträglich. Ebenso ist die Tatsache zu bewerten, dass die Korruption seit der Orangen Revolution nicht eingedämmt wurde, sondern im Gegenteil deutlich zugenommen hat.

Ein weiteres Indiz für die Orange Niederlage ist die starke gesellschaftliche Unterstützung für einen Kandidaten, der in den Augen der Bevölkerung die Beziehungen zu Russland intensivieren will, und zwar auf Kosten der Integration in europäische Strukturen. Die Orange Führung hatte zu einem ihrer Hauptziele erklärt, die Ukraine nach Europa zu orientieren. Ihre Bilanz in der Außenpolitik war jedoch fast genauso schlecht wie jene bei der demokratischen Konsolidierung. Dass sie am Beitritt bzw. an der substantiellen Annäherung der Ukraine an EU und Nato gescheitert ist, liegt zwar im wesentlichen an der Tatsache, dass sich beide Organisationen dem ukrainischen Ruf nach schnellen positiven Signalen verschlossen haben; im Falle der Nato trug eine starke Opposition in Russland sowie bei den anti-Orangen Kräften in der Ukraine zu dieser Zurückweisung bei.

Dennoch beruhte die vorsichtige Reaktion des Westens nicht nur auf den internen Problemen von Nato und EU oder der fehlenden Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit Russland zu gefährden. Ebenso wichtig war, dass in der Ukraine Fortschritte bei politischen, wirtschaftlichen und militärischen Reformen ausblieben.

Paradoxerweise wurde die Hinwendung nach Europa auch durch eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland unterminiert, die Juschtschenko durch Hervorkehren der Zusammenarbeit mit dem Westen herunterzuspielen versuchte. Die Verschlechterung ist im wesentlichen eine Folge der Weigerung Moskaus, eine Beziehung zu etablieren, die auf Gleichheit basiert. Gleichzeitig offenbarte Juschtschenkos Verhalten nicht nur einen Mangel an politischem Realismus, er missachtete damit auch die Präferenzen einer Mehrheit der Ukrainer, die keine Politik unterstützen wollte, die Russland befremden könnte. Das galt insbesondere für die Nato-Integration.

Überraschenderweise führten die offenkundigen Misserfolge des Orangen Regimes nicht dazu, dass sich die ehemaligen Juschtschenko-Wähler weitgehend auf Janukowytsch umorientierten. Diese Wählerschaft bleibt den Orangen Kräften treu, wie die Unterstützung für Tymoschenko zeigt: Sie wurde in der Regel nicht nur als die stärkere der beiden Orangen Schlüsselfiguren wahrgenommen, sondern im Vergleich zu Juschtschenko auch als weniger geneigt, sich mit den anti-Orangen Kräften zu verbünden. Ferner bedeutet die markante Verringerung der Stimmdifferenz der beiden Hauptkandidaten (von 10 Prozent in der ersten auf 3,5 Prozent in der zweiten Runde), dass für die meisten Wähler, die ursprünglich andere Kandidaten bevorzugten, Janukowytsch eine inakzeptable Alternative bleibt – als Person ebenso wie als Verkörperung einer politischen Haltung, für die die Beziehung zu Russland höchste Priorität hat. Gleichzeitig steht die anti-Orange Wählerschaft von 2004 den Orangen Kräften und ihrer angeblich anti-russischen

Politik nach wie vor weitgehend feindlich gegenüber.

Die Ergebnisse der Stichwahl zeigen, dass die Linie zwischen den hauptsächlich »oranzen« und den hauptsächlich »blauen« Regionen genau dort verläuft, wo sie vor fünf Jahren verlaufen ist. Das sichtbarste Indiz für die territoriale Polarisierung der Ukraine ist die Tatsache, dass in keiner der 27 Regionen die Differenz zwischen den beiden Kandidaten geringer als 10 Prozent ist, während sie in neun Regionen 50 Prozent übersteigt. Die fortdauernde Spaltung des Landes ist eine weitere Facette der Niederlage der Orange Revolution, die eine Einigung zwischen Ost und West gegen das undemokratische Regime herbeiführen wollte, letztendlich aber den Weg für eine bemerkenswerte Polarisierung beider Landesteile ebnete.

Der Weg zu einer neuen Koalition

Das Ausmaß der in der ukrainischen Politik zu erwartenden Veränderungen wird maßgeblich von der Fähigkeit des neuen Präsidenten abhängen, seine Macht zu konsolidieren. Gemäß geltender Verfassung verfügt der Premierminister über mehr Macht als der Präsident, davon ausgenommen sind die Außen- und Sicherheitspolitik. Deswegen war Janukowytsch gezwungen, Tymoschenko aus ihrem Amt zu treiben, um das Land wirklich regieren zu können. Tymoschenko wollte ihren Posten allerdings auf keinen Fall freiwillig räumen. Obwohl er im Parlament ausreichend Unterstützung für sein Vorhaben fand, ein Misstrauensvotum gegen die Tymoschenko-Regierung durchzusetzen, bleibt unklar, ob es Janukowytsch gelingen wird, eine Koalition zu bilden, die einen neuen Premierminister vorschlagen würde. Falls innerhalb von 60 Tagen keine Regierung gebildet werden kann, hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen und vorgezogene Neuwahlen anzuberaumen.

Eine Koalition darf aber nur von einer Gruppe von Fraktionen gebildet werden, die eine Mehrheit der Abgeordneten stellt.

Da eine Allianz mit Tymoschenkos Block zurzeit nicht in Frage kommt, wird die Partei der Regionen (PdR) – die Janukowytsch-Partei – mit der einzigen verbleibenden größeren Fraktion zusammengehen müssen. Und das ist »Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung« (NUNS) – eine ehemals hauptsächlich von Juschtschenko kontrollierte, jetzt aber tief gesplante Fraktion. Viele NUNS-Mitglieder werden vermutlich bereit sein, eine Allianz mit Janukowytsch einzugehen, um zu vermeiden, dass sie im Falle von Neuwahlen aus dem Parlament verschwinden. Als Bedingung werden sie allerdings einige einflussreiche Posten und Kompromisse bei jenen Fragen fordern, die für den politischen Ruf von NUNS wichtig sind. Insbesondere werden sie zu verhindern suchen, dass es zu einer deutlichen außenpolitischen Rückorientierung auf Russland und zur Förderung einer pro-russischen Identität durch kultur- und geschichtspolitische Maßnahmen kommt.

Das Problem ist allerdings, dass die Kernwählerschaft Janukowytschs und seine Partei genau dies anstreben. Da die beiden Parteien die zwei Hälften der Ukraine repräsentieren, könnte ein Kompromiss in diesen kontroversen Fragen langfristig zu nationaler Einheit und sozialer Stabilität beitragen. Gleichzeitig würde er aber auch die Chancen beider Parteien in den kommenden Wahlen eher gefährden. Wahrscheinlich wird es der Partei der Regionen gelingen, eine Mehrheit der Abgeordneten von NUNS zu gewinnen. Einmal geschaffen, wird es schwierig sein, diese Koalition aufzulösen. Unter solchen Umständen wird die PdR über viel mehr Spielraum verfügen.

Sollte der Versuch scheitern, eine solche Koalition zu bilden, wird sich die Führung der PdR auf Neuwahlen einlassen müssen, um auf diesem Weg eine funktionierende Koalition zustande zu bringen. Eine Fortsetzung der in den letzten Jahren bestehenden zerstörerischen Konfrontation zwischen Präsident und Premierminister ist in jedem Fall unwahrscheinlich.

Kultur- und Geschichtspolitik

Falls es Janukowytsch gelingt, seine Macht im Parlament zu konsolidieren und einen kooperativen Premierminister einzusetzen, wird er seine politische Agenda verwirklichen können. Seine Politik wird durch die oben genannten innenpolitischen Faktoren sowie durch die Notwendigkeit geprägt, mit externen Schlüsselakteuren zusammenzuarbeiten. Während in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik externe Faktoren eine Rolle spielen werden, wird der Umgang mit kulturellen und historischen Fragen von innenpolitischen und gesellschaftlichen Überlegungen bestimmt.

Die empfindlichsten Fragen in diesem Kontext betreffen die Sprache und Geschichte. Seit Janukowytsch in seiner Wahlkampagne 2004 die Sprachenfrage aufgeworfen hat, macht er keinen Hehl aus seiner Präferenz für die Aufwertung des Russischen zur zweiten Staatssprache. Als seine Partei in der parlamentarischen Koalition 2006–2007 die führende Rolle innehatte, fehlten allerdings die notwendigen zwei Drittel der Stimmen, um die Verfassung in diesem Punkt zu revidieren. Dies wird sich in absehbarer Zukunft vermutlich nicht ändern. Darum werden sich die Befürworter der russischen Sprache darauf konzentrieren müssen, ihren tatsächlichen Gebrauch zu fördern statt ihren formalen Status zu ändern. Möglicherweise ließe sich eine einfache Mehrheit für ein Gesetz finden, das Russisch in den meisten gesellschaftlichen Bereichen auf die Ebene des Ukrainischen hebt. Dies würde jedoch viele Abgeordnete befremden, die Janukowytsch und seine Partei als Koalitionspartner brauchen, aber auch viele Wähler von Orange, die er für sich gewinnen möchte. Darum werden sie eventuell solche Vorstöße erst einmal unterlassen und stattdessen versuchen, durch selektive Umsetzung existierender Gesetze den unbeschränkten Gebrauch der russischen Sprache zu gewährleisten.

In Geschichtsfragen lag der wesentliche Reizfaktor für Bewohner des Ostens und Südens der Ukraine (und für die russische

Führung) in der Politik und den Äußerungen Juschtschenkos bei der Verleihung staatlicher Auszeichnungen und bei Gedenkveranstaltungen, die als anti-russisch wahrgenommen wurden. Janukowytsch könnte diesen Kurs ändern, aber auf formale Schritte verzichten, die manche Teile der Bevölkerung vor den Kopf stoßen würden. Es reichte schon aus, wenn der neue Präsident öffentlich Aussagen treffen und an Zeremonien teilnehmen würde, die einen russlandfreundlichen Tenor hätten. Er könnte aber auch einige der kontroversesten Erlasse Juschtschenkos außer Kraft setzen, zum Beispiel denjenigen, der den Führer der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung im Zweiten Weltkrieg, Stepan Bandera, zum »Held der Ukraine« erhoben hat. Viele Menschen in Russland und der Ukraine sehen in Bandera einen Mann, der mit dem nationalsozialistischen Regime kollaborierte.

Wirtschaft und Energie

Janukowytsch wird sich sehr stark von binenwirtschaftlichen Überlegungen leiten lassen. Er steht in der Schuld seiner finanziellen Unterstützer, darunter die Oligarchen Rinat Achmetow und Dmytro Firtasch. Wahrscheinlich wird er deshalb eine Politik verfolgen, die ihren Geschäftsinteressen nutzt. Da die Interessen seiner heterogenen Förderer jedoch konfliktieren, könnten schlecht koordinierte oder gar widersprüchliche Maßnahmen die Folge sein.

Grundsätzlich ist eine Fortsetzung der bisherigen Praxis der ukrainischen Elite zu erwarten, die engen korporativen Interessen Vorrang gibt statt auf mittel- bis langfristige Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage hinzuarbeiten. Darum wird es auch kein gemeinsames wirtschaftliches Programm geben, um das Land zu einen. Vielmehr werden nun die Interessen des Ostens über die des Westens gestellt, was die regionale Polarisierung eher vertieft.

Diese Überlegungen dürften indes durch die Notwendigkeit relativiert werden, mit internationalen Finanzinstitutionen zu

kooperieren. Denn die wirtschaftliche Lage ist stark angespannt, wie der Sturz des Bruttoinlandsprodukts um etwa 15 Prozent im Jahr 2009 zeigt. Janukowytsh hat wiederholt beteuert, dass er die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verbessern will. Doch hat diese Zusammenarbeit im November 2009 einen herben Rückschlag erlitten, als das ukrainische Parlament eine Erhöhung des Mindestlohns und der Renten bewilligte. Der IWF hat diese Maßnahmen als unverantwortlich bezeichnet und weigerte sich, die nächste Tranche des im Herbst 2008 genehmigten Kredits über insgesamt 16,4 Milliarden US-Dollar auszusahlen. Die PdR hatte diese populistischen Maßnahmen seinerzeit als Oppositionspartei vorgeschlagen. Nach der Wahl wird Janukowytsh zweifellos bemüht sein, die Beziehungen mit dem IWF auf eine neue Grundlage zu stellen und die zurückgehaltenen Gelder zu bekommen, werden sie doch dringend gebraucht, um die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Ukraine zu sichern.

Die Zusammenarbeit mit dem IWF im Jahr 2009 brachte Verbesserungen in den Bereichen industrielle Produktion, Inflation und Leistungsbilanz. Insofern ist es im Interesse sowohl der Ukraine als auch des IWF, die Kooperation fortzusetzen. Dennoch werden Faktoren wie die Möglichkeit von Neuwahlen und die ökonomischen Partikularinteressen der Unterstützer Janukowytshs dessen Bereitschaft einschränken, extern empfohlene Maßnahmen durchzusetzen. Eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit wird vermutlich mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert sein wie 2009. Insgesamt wird die ukrainische Kooperation mit internationalen Finanzinstitutionen eher taktischer Natur sein als Teil einer breiteren ökonomischen Strategie. Und sie wird innenpolitischen und binnenwirtschaftlichen Überlegungen weiterhin untergeordnet.

Im Energiebereich werden sowohl interne Faktoren als auch die Rolle Russlands maßgebend sein. Viele Janukowytsh-Förderer sind im Energiesektor tätig (ins-

besondere Kohle und Gas). Der Präsident muss ihre Interessen bedienen, um sich ihre Unterstützung zu sichern. Janukowytsh wird auch versuchen, eine drastische Anhebung der Energiepreise zu vermeiden, um keinen Unmut in der Bevölkerung aufkommen zu lassen – obwohl ein solcher Schritt von der internationalen Finanzinstitutionen schon seit langem gefordert wird. Da Neuwahlen möglich sind und Janukowytshs erste Priorität die Konsolidierung seiner Macht sein muss, sind solche Preisanhebungen in den nächsten Monaten nicht zu erwarten. Unwahrscheinlich sind auch Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, würden sie doch ausgerechnet denjenigen Industriezweigen eine große finanzielle Last aufbürden, von denen Janukowytsh Unterstützung erfährt.

Die Zukunft der mit der EU getroffenen Vereinbarung über die Modernisierung des Gastransitnetzes bleibt unklar. Janukowytsh befürwortet die Schaffung eines trilateralen Gaskonsortiums mit russischer Beteiligung. Dies passt zu seinen Bestrebungen, das Verhältnis zu Russland zu verbessern und zu erreichen, dass Gas in größeren Mengen durch die Ukraine in die EU gelangt. Damit würde sichergestellt, dass die Ukraine weiterhin eine Schlüsselrolle als Transitland spielt. Ein solches Konsortium könnte die Gewähr dafür bieten, dass Investitionen in dringend nötige Modernisierungsmaßnahmen fließen. In der Praxis wird es jedoch vermutlich auf Schwierigkeiten stoßen. Russlands Verhalten im post-sowjetischen Raum zeigt, dass eines seiner Hauptziele darin besteht, sich Teile der Energieinfrastruktur in den Nachbarstaaten anzueignen. In der Ukraine allerdings wird diese Infrastruktur eng mit der Souveränität des Staates verknüpft. So wurde 2006 denn auch per Gesetz verboten, das Gasnetz zu privatisieren. Hinzu kommt, dass ukrainische Geschäftsleute im Energiesektor kein Interesse daran haben, dass russische »Partner« ein gewisses Maß an Kontrolle über diesen Sektor ausüben. Dieser Interessenkonflikt kann eine Einigung

über die Form des erwogenen Konsortiums erschweren und die Modernisierung verzögern.

Über diese längerfristig zu klärenden Fragen hinaus wird die Sicherheit des Gastransits in die EU eine Geisel des ukrainisch-russischen Verhältnisses bleiben. Unmittelbar gefährdet scheint diese Sicherheit jedoch nicht zu sein. Janukowytsch hat mehrmals versichert, dass er versuchen wird, den Vertrag zwischen Gazprom und der ukrainischen Firma Naftohaz vom Januar 2009 zu ändern und dabei die Gaspreise zu senken. Seine Wahlkampfretorik wird am Ende aber wohl der Akzeptanz der bestehenden Vereinbarungen weichen, zumindest für die absehbare Zukunft. Denn sie haben, erstens, Elemente von Rechtmäßigkeit und Vorhersehbarkeit in die Energiebeziehungen mit Russland eingeführt, die im politischen Interesse Janukowytschs und im wirtschaftlichen Interesse seiner Förderer sind. Zweitens wird er nicht bereit sein, den sich abzeichnenden positiven Trend in den Beziehungen zu Russland zu gefährden. Schließlich hat keine Seite ein Interesse daran, ihren Ruf weiter zu strapazieren: Die Ukraine will als zuverlässiges Transitland gelten, Russland als berechenbarer Gasversorger.

Sicherheitspolitik

Die geopolitische Lage der Ukraine ist von Unsicherheit geprägt, insbesondere weil Russland unter bestimmten Umständen bereit ist, militärische Mittel in seiner Nachbarschaft einzusetzen, und Teile der russischen Elite den Status der Krim als ukrainischen Alleinbesitz in Frage gestellt haben. Juschtschenko hat darauf mit dem Versuch reagiert, die Aufnahme der Ukraine in die Nato zu beschleunigen. Dieser Ansatz sorgte allerdings zumindest kurzfristig dafür, dass die ukrainische Lage unsicherer wurde, da Russland sich weigerte, eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine zu akzeptieren, und mit Vergeltungsmaßnahmen drohte. Janukowytsch ist nun bereit, Russland dadurch entgegenzukom-

men, dass er einen neutralen Status für die Ukraine vorschlägt. Angesichts des weitverbreiteten Misstrauens in der ukrainischen Bevölkerung gegenüber der Nato stellt dieser Vorschlag sicher, dass ein Nato-Beitritt in absehbarer Zukunft nicht mehr auf der Tagesordnung stehen wird. Ungeachtet dessen wird die ukrainische Zusammenarbeit mit der Nato auf der bestehenden Grundlage wahrscheinlich fortgesetzt. Dies gehört zum außenpolitischen Balancieren der Ukraine zwischen Russland und dem Westen. Neutralität kann auch als Argument für die Weigerung der Ukraine herhalten, der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) beizutreten – eine von Russland dominierte Gruppierung, der Belarus, Armenien und einige zentralasiatische Staaten angehören. Auf diesem Wege könnte sie einer direkten militärischen Zusammenarbeit mit Russland ausweichen.

Janukowytsch hat wiederholt betont, dass er bereit ist, die russischen Vorschläge zur europäischen Sicherheit zu diskutieren, die auf eine Neugestaltung der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur hinauslaufen. Das ist sowohl ein Signal der Unterstützung für Russland als auch eine Möglichkeit, ukrainische Interessen bei den einschlägigen Diskussionen stärker zur Geltung zu bringen. Selbst wenn der russische Entwurf eines neuen Sicherheitsvertrags in seiner jetzigen Form nicht weiterverfolgt wird, weisen Janukowytschs Aussagen darauf hin, dass die Ukraine russische Projekte auf internationaler Ebene vermutlich unterstützen wird. Eine Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens durch die Ukraine dagegen ist zurzeit unwahrscheinlich.

Das Verhältnis zu Russland

Sowohl Janukowytsch als auch die russische Führung möchten das Verhältnis beider Länder neu gestalten und einen Schlussstrich unter die Juschtschenko-Ära ziehen. Russland hat Janukowytsch in der Wahlkampagne nicht explizit unterstützt,

allerdings hat die PdR begonnen, mit Vereintes Russland zusammenzuarbeiten, der »Partei der Macht«. In letzter Zeit zeichnete sich die russische Politik gegenüber der Ukraine durch eine Anti-Juschtschenko-Rhetorik aus. Die zugrundeliegende Haltung wurde etwa durch die Entscheidung Medwedews bekräftigt, den neuen russischen Botschafter erst dann in die Ukraine zu entsenden, als deutlich wurde, dass Juschtschenko nicht wiedergewählt werden konnte. Jetzt wird Russland klarstellen wollen, dass es willens ist, unter bestimmten Bedingungen mit Janukowytsch zusammenzuarbeiten. Der neue ukrainische Präsident wird Russland in einigen Fragen entgegenkommen. Abgesehen von der Idee einer neutralen Ukraine, die er lanciert hat, ist er bereit, über eine Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte im ukrainischen Hafen Sewastopol über das Jahr 2017 hinaus zu verhandeln. Die beabsichtigten sprach- und geschichtspolitischen Maßnahmen werden der russischen Elite willkommen sein, wenn sie für Russland auch weniger bedeutsam sind als die Zukunft der Schwarzmeerflotte und ein größerer Einfluss auf den ukrainischen Gassektor.

Insgesamt ist also zu erwarten, dass sich die Beziehungen zu Russland verbessern werden. Die beiderseitige Freundschaft wird allerdings rasch an Grenzen stoßen, weil sich die russischen Ziele von den ukrainischen fundamental unterscheiden. Während Russland hofft, mehr Kontrolle über die wirtschaftliche und die politische Sphäre in der Ukraine zu erlangen, möchte die ukrainische Elite im Umfeld Janukowytschs zwar eine engere Beziehung zu Russland, ohne dabei aber die ukrainische Souveränität zu gefährden. Da Janukowytsch auf die europäische Ausrichtung ukrainischer Außenpolitik nicht verzichten wird und Teile der russischen Elite die EU als Konkurrent im postsowjetischen Raum und insbesondere in der Ukraine wahrnehmen, wird das Verhältnis beider Staaten problematisch bleiben.

Die Beziehungen zur EU

Janukowytsch ist aus mehreren Gründen daran interessiert, die Zusammenarbeit mit der EU fortzusetzen. Erstens weil viele seiner Förderer ein Interesse an der Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation mit der EU haben; darum werden auch die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen und die damit verbundene Freihandelszone weitergeführt. Zweitens möchte Janukowytsch eine zusätzliche außenpolitische Option haben, um ein Gegengewicht zur Agenda der russischen Ukraine-Politik aufzubauen. Drittens will er zeigen, dass er nicht nur Präsident der Ostukraine ist, sondern Präsident des gesamten Landes. Durch den Ausbau der Beziehungen zur EU kann er der Bevölkerung der Westukraine – wo die Unterstützung für die EU am stärksten ist – zu erkennen geben, dass er auch ihre Prioritäten aufgreift.

Dennoch werden die EU (und die USA) für seine Politik weniger zentral sein, als sie es unter Juschtschenko waren. Und dies nicht nur, weil Russland einen prominenteren Rang in der ukrainischen Außenpolitik einnehmen wird, sondern auch weil interne politische und ökonomische Sorgen außenpolitische Fragen überlagern werden. Janukowytsch hat keinen Berater, der von der Idee der EU-Integration überzeugt und im Umgang mit den EU-Institutionen vertraut ist. Ein Lernprozess wird also notwendig sein, bevor die außenpolitische Ausrichtung auf die EU wesentlich mehr Substanz gewinnen oder über die bestehenden Formate hinausgehen kann. Spezifische Projekte im Rahmen der Östlichen Partnerschaft bieten beiden Seiten die Möglichkeit, neue Kooperationsformate in kleinem Maßstab auszuprobieren.

Janukowytsch einbinden

Ein erster wichtiger Schritt für Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten wird sein, Janukowytsch ohne Vorurteile zu begegnen. Einladungen zu bilateralen Treffen wie auch zu multilateralen Foren können

zeigen, dass er als Gesprächspartner akzeptiert wird. Sie bieten zudem eine Gelegenheit, mehr über seine Prioritäten zu erfahren und die EU-Agenda zu erläutern. Dabei sollte Janukowytch dazu angehalten werden, die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen so schnell wie möglich abzuschließen, wie bei seinem Aufenthalt in Brüssel am 1. März bereits geschehen.

Darüber hinaus ist es ratsam, einige Schwerpunkte für die Kooperation festzulegen, um kleine, aber sichtbare Erfolge im EU-Ukraine-Verhältnis zu ermöglichen. Von großer Bedeutung für die ukrainische Seite sind Visafragen. Die Abschaffung von Visagebühren und/oder geringere Anforderungen im Visaverfahren für einige Kategorien von Bürgern (etwa für jene, bei denen bereits positive Visa-Erfahrungen bestehen) würden in der Ukraine zweifellos sehr positiv aufgenommen. Obwohl Visaerleichterungen bereits in Kraft sind, ist ihre Umsetzung nur punktuell erfolgt. Die Vorteile sind für den Durchschnittsreisenden in die EU insofern noch kaum spürbar.

Im Energiebereich könnte die Einleitung eines Dialogs über die mögliche Form eines trilateralen Konsortiums positive Auswirkungen auf die EU-Russland-Beziehungen haben. Er würde der EU auch die Möglichkeit bieten, sich an der Suche nach einem Kompromiss in der Frage der Kontrolle über die Gasinfrastruktur zu beteiligen.

Schließlich könnten neue Projekte im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, zum Beispiel in Verwaltung und Justiz, dem Transfer von Wissen, Technologie und Normen dienen. Auf der multilateralen Schiene dieser Partnerschaft könnte die Ukraine dazu ermuntert werden, ihre Erfahrungen mit der Durchführung freier und fairer Wahlen mit anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft zu teilen.

Erfolge bei einigen der vorgeschlagenen Maßnahmen könnten die ukrainische Seite davon überzeugen, dass eine Zusammenarbeit mit der EU kurzfristige und spürbare Vorteile mit sich bringt.

Gleichzeitig sollten Bemühungen unternommen werden, die ukrainische Zivil-

gesellschaft zu stärken. Insbesondere ihr ist es zu verdanken, dass es der Ukraine inzwischen mehrere Jahre lang gelungen ist, freie und faire Wahlen durchzuführen. Man kann die Zivilgesellschaft durch den Ausbau existierender Austauschprogramme und von Städtepartnerschaften sowie durch zusätzliche finanzielle Unterstützung ukrainischer Nichtregierungsorganisationen mit EU-Mitteln fördern. Genauso wichtig ist es allerdings, auf allen Verwaltungs- und Regierungsebenen die Vorteile einer Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess herauszustreichen. Erfolgreiche Beispiele für die Beteiligung der ukrainischen Zivilgesellschaft an der Erstellung staatlicher Konzepte können von EU-Beamten und zivilgesellschaftlichen Vertretern genutzt werden, um nachzuweisen, dass diese Einbindung im ukrainischen Kontext gut funktionieren kann.

Diese Agenda bietet drei Vorteile: Sie bindet den neuen ukrainischen Präsidenten ein, bietet Potential für eine kurzfristige positive Entwicklung des EU-Ukraine-Verhältnisses, die die Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik auf die EU festigen würde, und sendet die klare Botschaft an die ukrainische Zivilgesellschaft, dass sie mit Unterstützung rechnen kann.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Lektürehinweise

Volodymyr Kulyk
The End of "Euro-romanticism" in Ukraine.
The Origins of Anti-Western Sentiments in the Presidential Campaign
SWP Comments 28/2009,
December 2009

Susan Stewart
Das schwierige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine. Verschlechterung mit Lichtblicken
SWP-Aktuell 61/2009,
November 2009

SWP-Aktuell 22
März 2010